

Responde

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. Oktober 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 119.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Zettel: Geschäftsbericht des Tarifamts für das Geschäftsjahr 1911/12. — Die Spiegelgellen der Scharmacher (Zur Charakteristik des „christlichen“ Untenbergsbundes und seiner unchristlichen Handlungen), I.

Korrespondenzen: Berlin. — Berlin (W.S.). — Bonn. — Dortmund (W.S.). — Düsseldorf (W.S.). — Eisenach. — Frankfurt a. M. (W.S.). — Frankfurt a. O. — Halberstadt. — Lüneburg. — Magdeburg. — Magdeburg (W.S.). — Mainz (W.S.). — Meise. — Opladen.

Wandschau: Rückgang der Leistungen. — Antisemitische Gewerkschaft. — Papierindustrieausstellung Berlin 1913. — Sonderbare Reichsricht. — Diverse Arbeiterfestlichkeiten. — Feuerungsmassnahmen. — Eine Kollektivklage gegen den Besenverband. — Zur Streikjustiz im Ruhrrevier. — Tabakarbeiterstreik. — Schwere Beschuldigungen. — Rebellion von Vinke-Brüdern. — Gewerkschaftsnachrichten.

Geschäftsbericht des Tarifamts für das Geschäftsjahr 1911/12.

(An die Herren Kreisvertreter erstattet.)

Gott grüß' die Kunst! Mit diesem alten Buchdrucker, der dem Wanderer Türen und Hände öffnet, den man überall hört, wo sich Buchdrucker zu lächelndem Tun zusammenfinden, und der zum Ausdruck bringt, daß des Gewerbes Blühen und Gedeihen der Wunsch und das Ziel jeden Buchdruckers ist — wurden die dreizehntägigen Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker am 7. Oktober 1911 geschlossen. Die Revision des Deutschen Buchdrucker-Tarifs war beendet! Die berufenen Vertreter der Prinzipale und Gehilfen hatten sich über ein neues Tarifabkommen verständigt, und da die Beschlüsse des Tarifausschusses für die Vertragsparteien bindende Kraft haben, so war der gewerbliche Frieden auf die weitere Dauer von fünf Jahren garantiert. Die Tarifgemeinschaft blieb bestehen und durfte sich anscheiden, ihre bisherige Tätigkeit weiter auszuüben, und zwar mit dem vorläufig feststehenden Ziele: bis zum 31. Dezember 1916. Nicht nur die Mitglieder des Tarifausschusses atmeten auf, als sie nach dreizehntägigem schweren Ringen die Stätte ihrer Tätigkeit verlassen konnten, sondern das ganze Gewerbe fühlte sich nach beendeter Tarifberatung von einer starken Spannung befreit, nachdem die Würfel über gewerblichen Krieg oder Frieden zugunsten des letzteren gefallen waren.

Die Frage, ob der gewerbliche Frieden zu teuer erkauft sei, wurde natürlich sofort nach Bekanntwerden der Beschlüsse des Tarifausschusses der Gegenstand eifrigster Erörterungen in Prinzipals- und Gehilfenkreisen, mit dem Resultate, daß eigentlich keine der Tarifparteien sich befriedigt zeigte, sondern mehr oder weniger scharf das Resultat der Tarifberatungen bemängelte oder verurteilte. Nun ist das an sich keine neue Erscheinung. Nach jeder Tarifrevision haben kritische oder Kreisvereinigungen ihren Unwillen über die Beschlüsse des Tarifausschusses zum Ausdruck gebracht, und es hat Gehilfenkreise gegeben, die laut und vernehmlich zur Ablehnung der Beschlüsse des Tarifausschusses aufgefodert haben. Während früher diese Unzufriedenheit mit dem Ergebnisse der Tarifberatungen vornehmlich in Gehilfenkreisen sich bemerkbar machte, ist dies nach der verflorenen jüngsten Tarifberatung auch in Prinzipalskreisen in gegen früher wesentlich vermehrtem Umfang in die Erscheinung getreten.

Am dieser Tatsache dürfen wir nicht stillschweigend vorübergehen. Das Tarifamt ist als geschäftsführende Stelle des Tarifausschusses vielmehr verpflichtet, die Verantwortung für die Beschlüsse des Tarifausschusses zu tragen und die Mitglieder desselben gegenüber einer etwa unberechtigten Kritik zu schützen. Deshalb ist es notwendig, auf die Beschlüsse des Tarifausschusses kurz einzugehen. Das soll geschehen in einer ganz knapp gefaßten Gegenüberstellung der für die Tarifrevision gefaßten und von dieser erfüllten Wünsche beider Tarifparteien.

Gehilfenseitig war im besondern das Verlangen nach einer ansehnlichen Lohnerhöhung; nach einer Verkürzung der Arbeitszeit; nach Einschränkung der Überarbeit; nach erhöhter Entschädigung für Überarbeit; nach Erhöhung und Einführung von Lokalaufschlägen und nach Herabsetzung der Lehrlingsstala gestellt worden. Bewilligt wurde eine Lohnerhöhung, die dem Gehilfen bei fortgesetzt gesteigerner Verteuerung der Lebensbedingungen sein Auskommen erleichtern sollte; ebenso

eine geringe Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit; die Überarbeit wurde nicht eingeschränkt; die Entschädigung für die Überarbeit wurde nach elf Arbeitsstunden erhöht; die Lehrlingsstala blieb unverändert und wurde nur reformiert, um dem Auslernen unzureichend Ausgebildete zu feuern. Die Tarifberatung brachte aber auch aus dem gegenseitigen Konzedieren noch mancherlei Vorteile für die Gehilfen, so daß diese mit dem Gesamtergebnisse zufrieden sein konnten. Daß ein großer Teil der Gehilfenschaft das nicht einsehen wollte, kann an dieser Tatsache nichts ändern.

Die Prinzipalität beanspruchte u. a. eine prinzipielle Regelung der Lokalaufschläge; Einführung der Affordarbeit an Sechsmaschinen in Werbetrieben; einheitliche Entlohnung und Arbeitszeit der Maschinenseher und deshalb verlängerte Arbeitszeit im Zeitungsbetrieb und ein nach unten verändertes Lohnminimum im Werbetriebe; wichtige Änderungen in den Druckerbestimmungen, solche bezüglich der Vertrauensmänner und eine Umwandlung in der Organisation der tariflichen Ehrengerichte; schließlich noch erhöhte Mindestleistungen der Maschinenseher und gegenüber allen Gehilfen ein uneingeschränktes Kontrollrecht und deren Leistungen. Diese Wünsche haben Erfüllung gefunden, wenn auch vielleicht nicht in dem erhofften Umfang. Es kann auch nicht bestritten werden, daß die Berücksichtigung eines Teils dieser Wünsche ein Rückwärtsrevidieren des Tarifs für die Gehilfenschaft bedeutet hat, dem die Vertreter derselben aber zustimmten, um das Zustandekommen einer neuen Tarifvereinbarung möglich zu machen.

Das Resultat der Tarifberatung besteht also darin, daß die Vertreter beider Tarifparteien sich zu Opfern bereit erklärten, die einerseits auf Berücksichtigung der verteuerten Lebensbedingungen, und auf dem Willen, die Lebenslage der Gehilfen heben zu wollen, beruhten; andererseits war dafür maßgebend das Bestreben, aus der beruflichen und tariflichen Praxis sich ergebende Erfahrungen nicht harinädig abzulehnen und — der hieraus sich ergebenden Anwendung nicht entgegenzutreten zu wollen, und ferner der feste Wille, den Klagen von dem gemaltsamen Niederhalten des technischen Fortschritts im Buchdruckgewerbe ein Ende zu bereiten.

Es ist also nicht etwa im Oktober 1911 für das Buchdruckgewerbe ein Frieden um jeden Preis abgeschlossen worden, sondern beide Tarifparteien haben sich zu Konzessionen bereit gefunden, die als durchaus gleichwertig zu bezeichnen sind. Aus dem parlamentarischen dreizehntägigen Ringen um den gewerblichen Frieden sind also weder Sieger noch Besiegte hervorgegangen, sondern man hat in nüchternen Erwägung der gegenseitigen Angebote einen Vertrag geschlossen, dessen Bedingungen auf dem Grundfasse des Leben und Lebenslassens aufgebaut sind.

Durch diesen Vertrag ist der gewerbliche Frieden auf die Dauer von fünf Jahren garantiert. Deffenungeachtet kann von einer besonders friedlichen Stimmung in unserm Gewerbe zurzeit leider nicht die Rede sein. Die Bestimmungen des Tarifs sind zwar allerorts mit nicht nennenswerter Ausnahme fristgemäß zur Einführung gekommen, aber es grollt in allen Ecken und Winkeln, und es tritt eine Unzufriedenheit zutage, die im Interesse unserer Tariffassa nur zu bebauern ist. Schuld hieran soll der Lohnfaktor tragen, dessen Innehaltung der Prinzipalität zu hohe Opfer auferlegt haben soll; auch sonst soll der Tarif nach Ansicht der Prinzipalität verbesserungsbedürftig sein; ebenso soll noch immer eine Hemmung des technischen Fortschritts durch den Tarif vorliegen.

Wir geben zu, daß an einen großen Teil der Prinzipalität bei Erfüllung der ihnen durch den revidierten Tarif auferlegten Pflichten hohe Anforderungen gestellt worden sind, durch die sich die vorhandene Unzufriedenheit erklären läßt; namentlich seitens derjenigen Prinzipale, denen neben der Lohnerhöhung noch die Zahlung eines erhöhten oder neu eingeführten Lokalaufschlags auferlegt wurde. Man sollte in dieser Unzufriedenheit aber nicht übersehen, daß in dem Umfange der Tarifrevision die Verbesserung der Lebenslage der Gehilfen nicht vor sich gegangen ist, sondern daß ein Teil der Lohnaufbesserung ohne Nutznießung für die Gehilfen den verteuerten Lebensbedingungen geopfert werden mußte. Auf die Verteuerung aller zum Leben notwendigen Mittel hat sich die Gehilfenschaft bei ihrer Forderung auf Erhöhung des Lohnes gefügt. Und sicher mit Recht! Wie anders soll dem Gehilfen eine ausreichende

Ernährung seiner Familie möglich sein als durch eine Erhöhung des Lohnes, die eine Befreiung der verteuerten Lebensbedingungen ermöglicht? Natürlich wendet sich der Gehilfe mit diesem Verlangen an seinen Prinzipal, denn wohin sonst soll er sich wenden. Aber ebenso selbstverständlich ist es fast der Gesamtheit der Prinzipalität nicht möglich, unter dem gleichen Drucke verteuert Lebensbedingungen die Löhne der Gehilfen erhöhen zu können, wenn nicht gleichzeitig eine angemessene Erhöhung der Druckpreise vor sich geht.

Dieser Standpunkt vertritt auch die Gehilfenschaft. Sie hat das Versprechen gegeben, für Durchführung besserer Druckpreise mit der ganzen Kraft ihrer Organisation eintreten zu wollen, weil sie der Überzeugung ist, daß ein angemessener Lohnfaktor sich nur aufrecht erhalten läßt, wenn im Gewerbe gesunde Konkurrenzverhältnisse herrschen, und wenn der Preis für die Druckerzeugnisse wirklich dem Werte der Arbeit entspricht.

Leider sieht es in dieser Beziehung in unserm Gewerbe wenig erfreulich aus. Dafür aber sollte man nicht den Lohnfaktor und die Tarifgemeinschaft verantwortlich zu machen suchen. Mangelnder Zusammenhalt unter der Prinzipalität ist jedenfalls nicht das Produkt der Tarifgemeinschaft. Das Unterbieten der Druckpreise; das gegenseitige Abjagen der Arbeit um jeden Preis; die Gründung zahlreicher neuer Druckerien ohne jedes Betriebskapital und auf Kredit bei den Druckerlieferanten, ist in unserm Gewerbe leider zu einer dauernden Einrichtung geworden. Das bisherige Bemühen, auf dem Wege kollegialen Einpruchs solchem Verfahren zu steuern, war ein Schlag ins Wasser und führte statt zu einem Zusammenhalte der Prinzipalität immer mehr zu einer Trennung derselben. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Prinzipalität ohne Mitarbeit der Gehilfenschaft nicht instand ist, Ordnung in diese heillosen zerrütteten Zustände auf dem Konkurrenzgebiete zu bringen, und sie hat sich deshalb gelegentlich der letzten Tarifrevision auf Grund ihrer Zugeständnisse die besondere Mitarbeit der Gehilfenschaft auf diesem Gebiete gesichert. Die Prinzipalität und die Gehilfenschaft müssen zur Erreichung des gesteckten Ziels: gesunde Konkurrenz auf der Basis des Deutschen Druckpreistarifs, ein gewaltiges Stück Wegs zusammengehen, und es wird nicht zuletzt gerade die Gehilfenschaft zu Opfern sich bereit finden müssen. Daß sie hierzu bereit ist, wissen wir.

Dieses Zusammengehen der Prinzipalität und Gehilfenschaft war aber schon in der vorausgegangenen Tarifperiode, in der zum ersten Male die Bekämpfung der Schleuberkonkurrenz als gemeinsamer Programmpunkt aufgestellt wurde, einem Teile der Prinzipalität nicht angenehm. Die Folge davon war, daß die Mitwirkung der Gehilfenschaft in den mit der Untersuchung der vorliegenden Klagen betrauten Tariforganen nicht mehr gewünscht wurde. Trotzdem die Parität aller unserer Tariforgane die gleichmäßige Besetzung derselben durch Prinzipale und Gehilfen zur Voraussetzung hat, leisteten die Gehilfen Verzicht auf die Besetzung dieser Ämter, nachdem sie erfahren, daß damit eine wesentliche Gleicherstellung der Einführung des Druckpreistarifs geboten sei. Dieser Verzicht der Gehilfen auf ein Prinzip des Tarifs: paritätliche Besetzung aller Tariforgane, ist seitens eines großen Teils der Prinzipalität nicht genügend gewürdigt worden.

Aber trotz dieser Umwandlung und Ausgestaltung der früher nur untersuchenden, jetzt aber rechtsprechenden tariflich-kollegialen Organe ist die Ablehnung gegen das Bemühen, wirkliche Ordnung im Gewerbe zu schaffen und das Gewerbe auf seiner Höhe zu erhalten, keine geringere geworden. Im Gegenteil haben die mit der Durchführung dieses Programms jetzt schärfer in den Vordergrund getretenen notwendigen Maßnahmen eine unfreundliche Haltung gegen die Tarifgemeinschaft erzeugt, die man von interessierter Seite allerdings nicht damit begründen sehen will; vielmehr bemüht man sich, diesen Unwillen mit andern Bestimmungen des Tarifs zu erklären; ja, selbst die Struktur des Lohntarifs muß dabei herhalten.

Das Tarifamt hat seine Obliegenheiten und seine Maßnahmen lediglich nach den tariflichen Vorschriften zu treffen, und es ist ihm ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden, sich hierüber jeden Einflusses auf die Prinzipals- oder Gehilfenorganisation zu enthalten. Trotzdem muß natürlich das Tarifamt wichtige Beschlüsse der Organisationen mit Aufmerksamkeit verfolgen und dahin prüfen,

welchen Einfluss diese Beschlüsse eventuell auf die Tarifgemeinschaft haben oder nehmen können. Zu dieser Betrachtung gibt uns zurzeit nur der Verlauf der Breslauer Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins den Anlaß.

Die Generalversammlung des Deutschen Buchdruckervereins im Juni d. J. hatte als wichtigsten Beratungsgegenstand eine Aussprache über den gegenwärtigen Stand des Deutschen Buchdruckerlohntarifs auf der Tagesordnung. Ein ausführliches Protokoll hierüber ist nicht erschienen. Dem Tarifamt ist nur bekannt, daß die Beschlüsse des Tarifausschusses vom September-Oktober 1911 nicht die Zustimmung dieser Generalversammlung gefunden haben, und daß infolgedessen die Bildung einer besonderen, sofort ins Leben tretenden Tarifberatungskommission beschlossen wurde.

Als der Tarifausschuß am 7. Oktober 1911 nach Schluß der Beratungen auseinanderging, war die Mehrzahl der Mitglieder desselben allerdings der Meinung, daß durch die völlige Umarbeitung des Tarifs nun endlich einmal etwas möglichst Vollkommenes geschaffen worden sei, das berechtigen und auch besonders weitgehenden Wünschen entsprechen werde. Diese Auffassung scheint von der Mehrzahl der Prinzipale nicht geteilt zu werden. Natürlich kann es dem Tarifamt nur recht sein, wenn die Tarifparteien Mittel und Wege suchen und finden, um die heute dem Tarif etwa wirklich anhaftenden Mängel gelegentlich der nächsten Tarifrevision beseitigen zu können. Festes Programm für diese schon jetzt beginnenden Vorarbeiten dürften wohl noch nicht aufgestellt sein, und da sei es uns gestattet, daran zu erinnern, daß früher, und namentlich noch in der ersten Tarifperiode, auch auf Gehilfen Seite solche Tarifkommissionen bestanden, die sich die Aufstellung von Gehilfenanträgen und die Revision und Umarbeitung des Tarifs zum Ziele gesetzt hatten. Der Tarifausschuß hat diese Kommissionen natürlich niemals als eine Gehilfenvertretung anerkannt, und er hat zu denselben weder in irgendwelchen Beziehungen gestanden, noch sind Anträge solcher Kommissionen zur Beratung zugelassen worden. Die Gehilfenschaft hat diese Kommissionen aufgegeben, und zwar insbesondere deshalb, weil diese Kommissionen ihre Wünsche zum Tarife fast ausschließlich unter eng lokalem Gesichtswinkel stellen, deren Berücksichtigung velleicht für Schaffung lokaler Tarifs möglich gewesen wäre, die aber in den Rahmen eines allgemein geltenden Lohn Tarifs nicht paßten. Diese lokal gefärbten Wünsche unter einen Hut zu bringen, hat sich als unmöglich erwiesen, und deshalb sind diese Kommissionen nach und nach der Auflösung verfallen.

Betrachtet es die Prinzipalkommission als ihre Aufgabe, den Tarif nach einer Richtung zu revidieren, die den Gehilfen ein Zusammengehen mit der Prinzipalität auf tariflichem Gebiete für fernherhin nicht mehr erwünschten sollte, so würde eine solche Arbeit natürlich die Auflösung der Tarifgemeinschaft herbeiführen. Daß eine solche Absicht besteht, halten wir zwar für ausgeschlossen, fühlen uns aber verpflichtet, trotzdem auf die Folgen einer solchen Arbeit aufmerksam zu machen. Sollten andererseits die Beschlüsse dieser Kommission ein gebührendes Mandat für die Mitglieder des Tarifausschusses bedeuten, so ist ganz selbstverständlich, daß auch die Gehilfen Seite ihre Vertreter mit gebührendem Mandate zur Verhandlung schicken wird. Natürlich kann dann von Verhandlungen überhaupt nicht mehr die Rede sein. Wie schon gesagt, die Anregung zu wirklichen Verbesserungen des Tarifs wird jederzeit willkommen sein; wenn aber beide Tarifparteien solche Kommissionen einsetzen, so befürchten wir, daß eine jede Kommission im Sinne der verschiednenartigen und getrennten Interessen am Tarife reformieren wird, und daß das Ergebnis einer solchen Reformaktion die an sich schon äußerst erschwerte Verständigung zweier Tarifparteien unmöglich machen wird.

Die vorgenannte Generalversammlung hat ferner die Bildung eines Fonds für besondere Zwecke beschlossen. Da dieser Beschluß in Zusammenhang mit der Tarifbehalte gestanden, erblickt die Gehilfenschaft hierin die Gründung eines Fonds, der einmal gegen die Gehilfenschaft Verwendung finden soll. Obwohl das Tarifamt auch über die mögliche Verwendung dieses Fonds keinerlei Aufschlüsse besitzt und solche auch selbstverständlich nicht zu verlangen hat, ist es doch der Überzeugung, daß dieser Fonds die Prinzipalsorganisation für eventuelle Zwecke kapitalträchtiger machen soll, und zu diesen Zwecken würde natürlich gegebenfalls auch die Mithilfe zu einem Kampfe gehören, der sich aus etwaiger Aufhebung der Tarifgemeinschaft entwickeln müßte.

In unserm Gewerbe stehen sich zwei Organisationen gegenüber, die bisher es sich zur Aufgabe gestellt hatten, sich gegenseitig zu stützen und zu kräftigen, weil nur starke Organisationen die Träger einer Tarifgemeinschaft sein können. Durch dieses Zusammengehen zur Herbeiführung und Erhaltung geordneter Erwerbsverhältnisse haben natürlich die beiden Organisationen an ihrer Gegenseitigkeit nichts eingebüßt; eine Verschmelzung der Interessengegensätze zu einer völligen Harmonie ist selbstverständlich ein Umling, und steht einem solchen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozesse natürlich schon die Trennung in Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber; von allem sonstigen Trennenden ganz abgesehen. An der Hebung des Wertes der Arbeit und damit an der Hebung des zum Lebenszweck erkorenen Gewerbes dagegen sollten und müssen Prinzipale und Gehilfen gleich interessiert sein; und weil dies so ist, haben sich beide Gruppen zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen, die der Förderung des

vorgenannten gemeinsamen Zweckes dient. Natürlich schließt diese Erkenntnis mehrerer Generationen nicht aus, daß die Nachfolge unter Außerachtlassung aller geschichtlichen Tatsachen wieder einmal das lediglich Trennende in den Vordergrund rückt und das Spiel der Kräfte über das Recht aus dem Arbeitsvertrag entscheiden läßt.

Die Gehilfenschaft erblickt in der Bildung des vorgenannten Fonds eine Schwächung der Prinzipalität zu einer veränderten Gewerbepolitik, die bei der nächsten Tarifrevision zum Ausdruck kommen soll. Wir glauben nicht, daß diese Annahme richtig ist. Der gegründete Fonds könnte ein solches Vorhaben nicht im geringsten begünstigen und würde, falls man denselben so bewerten wollte, nur entsprechende Gegenmaßnahmen der Gehilfen zur Folge haben.

Wir würden ein solches außergewöhnliches Mischen der Tarifparteien für eventuelle gewerbliche Kämpfe auch sehr bedauern; nicht weil dadurch die spätere Verständigung in Tariffragen besonders erschwert sein könnte, nein, nur um der Gegenwartsarbeit willen! Dient dieser Fonds dagegen dazu, die Prinzipalsorganisation zu stärken und zu kräftigen, so könnte man dies nur mit Freuden begrüßen, da nach unserer Überzeugung nur in der Stärke der beiden Organisationen die Bürgschaft für die Erhaltung des gewerblichen Friedens ruht.

Unser heutiger Tarif hat nicht nur äußerlich eine andre Gestalt aufzuweisen, sondern die Änderungen, die an seinem Inhalte gegen früher vorgenommen worden sind, stellen so hohe und erstrebenswerte Aufgaben an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft, daß das Zusammenfassen aller Kräfte zur Erzielung der gesteckten Aufgaben nötig ist; nicht zuletzt auch zur gründlichen Abwehr unberechtigter, aus egoistischem Organisationsinteresse und aus angeborener Oppositionslust entsprungener Angriffe auf unsere Tarifgemeinschaft.

Auch an dieser Erscheinung wollen wir nicht achtlos vorübergehen. Arbeitgeberverband und Gutenbergbund haben es sich unter gleichzeitiger Betonung besonderer Tarifstreue zum Ziele gesetzt, alle angehenden Mängel unserer Tarifgemeinschaft öffentlich anzudecken und die Beseitigung derselben mit allen nur erdenklichen Mitteln anzukämpfen.

Dem Zwecke seiner Organisation entsprechend, geht das Bestreben des Arbeitgeberverbandes aber auf eine Verrückung der Tarifgemeinschaft hinaus, denn zu einem andern Ziele können seine sogenannten Reformationsvor schläge nicht führen. Das Prinzip seines Organs ist offensichtlich, friedensfördernd zu wirken und die eine Tarifpartei gegen die andre auszuspielen. Nebenher geht sein Bemühen dahin, Personen im Unsehen herunterzusetzen und dadurch die von ihnen im Interesse des Gewerbes vertretene Sache zu schwächen.

Nennenswerten Schaden können solche Bestrebungen unserer Tarifgemeinschaft allerdings nicht zufügen. Das ist bedauerlicherweise geeignet, nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als handle es sich hierbei wirklich um eine nennenswerte Prinzipalsorganisation, die sich die Befreiung des Buchdruckerverbandes aus einer nicht nur das Gewerbe, sondern das Vaterland schädigenden Verirrung zum Ziele gesetzt habe. Wir verabscheuen eine solche Kampfmethode! Es ist uns mehrfach verübelt worden, daß wir solchen Gegnern nicht öffentlich gegenübergetreten sind. Wer mit solchen Waffen kämpft, kann mit Tatsachen nicht überzeugen und mit sachlichen Darlegungen nicht eines Besseren belehrt werden. Hier wird geflirtet, um Streit zu entfachen! Wir haben eine entgegengesetzte Aufgabe, in deren Erfüllung wir uns durch solche Gegner nicht aufhalten und irgendwie beirren lassen.

Der Gutenbergbund ruft die öffentliche Meinung, Staatsanwalt und Regierung gegen unsre Tarifgemeinschaft auf den Plan, weil angeblich das öffentliche Recht durch dieselbe gefährdet und bestimmte politische Parteien um Schaden einer andern Richtung begünstigt werden. Weil dem Gutenbergbunde mit seinen etwa 3000 Mitgliedern innerhalb der Tariforgane nicht dieselbe Mitwirkung zugestanden ist wie dem Verbands der Deutschen Buchdrucker mit seinen etwa 65000 Mitgliedern, glaubt er öffentlich Klagen zu müssen gegen die Zusammenfassung der tariflichen Schiedsgerichte, die, wie seit Bestehen der Tarifgemeinschaft allgemein bekannt, den gesetzlichen Vorschriften über Schiedsgerichte im Sinne des Gewerbegesetzes nicht entsprechen; und zwar insofern nicht, als sie ihre Entscheidungen ohne Zuziehung eines unparteiischen Vorsitzenden treffen. Weiter soll dem Verbands der Deutschen Buchdrucker, den der Gutenbergbund als eine politische Organisation bezeichnet, eine Monopolstellung in der Tarifgemeinschaft eingeräumt sein, weil er, wie die Prinzipalsorganisation, das Recht hat, in die Schiedsinstanzen je einen stimmberechtigten Vertreter zu entsenden.

Aber die Tätigkeit der Schiedsgerichte haben wir alljährlich in unserm Geschäftsberichte Rechenhaft abgelegt. Es wäre schade um jedes Wort, das wir zur Verteidigung derselben als rechtfertigender Instanzen sagen würden. In den Urteilen derselben würde weder ein unparteiischer Vorsitzender noch die besondere Delegation eines Gutenberghindlers etwas ändern können, so wenig wie die Vertreter der andern Organisationen den Ausschlag bei Bildung der Urteile geben können.

Wir sind überzeugt, sollte der Tarifausschuß den Wunsch äußern, daß die Vertreter der beiden Organisationen für die Folge nicht mehr an den Verhandlungen der Schiedsgerichte teilnehmen sollen, daß diesem Wunsche sofort entgegen zu werden würde. Denn in den Schiedsinstanzen handelt es sich nicht um die Betonung oder Wahrnehmung von Organisationsinteressen, sondern lediglich um die tarifliche Rechtsprechung, die ohne Ansehen der Person und ohne jede Rücksicht auf deren Organisationszugehörigkeit erfolgt. Wer das Gegenteil zu behaupten sucht, begeht wissentlich eine Unwahrheit. Mit der Stellungnahme des Gutenbergbundes zur Tariforganisation ist die von ihm so oft betonte Tarifstreue absolut unvereinbar.

Über die Einführung des revidierten Tarifs haben wir uns Ihnen gegenüber bereits mit unserm Rundschreiben vom 9. Februar geäußert. Wir hatten mit diesem Rundschreiben schon betont, daß nur der feste Wille und das Bestreben, über mancherlei Schwierigkeiten hinweg der Tariffache treu zu bleiben und dem Buchdrucker seinen bevorzugten Platz in der Reihe der Tarifgemeinschaften zu erhalten, auch diesmal zur Unterordnung unter die Beschlüsse des Tarifausschusses geführt hätten; außerordentliche Ansprüche seien an die Disziplin der Mitglieder der Tarifgemeinschaft, insbesondere der Prinzipale, gestellt worden, die in diesem Maß eine Wiederholung nicht finden dürften.

In Rücksicht hierauf hat das Tarifamt namentlich die Einführung erhöhter oder neu eingeführter Lokalzuschläge durch entsprechende Beschlüsse erleichtern helfen. Ferner hat das Tarifamt zahlreich eingegangene Anträge auf Aufhebung tariflicher Ausnahmestellungen aus den §§ 1 und 4 des Tarifs (verlängerte Arbeitszeit und ermäßigtes Minimum) aus demselben Grund auf die Dauer eines Jahres zurückgelegt und hat sich im wesentlichen darauf beschränkt, die Ausnahmen aus § 1 an denjenigen Orten aufzuheben, die nach der neuen Fassung des § 1 auf diese Vergünstigung nicht mehr Anspruch erheben konnten. Im übrigen haben wir uns bemüht, den Schwierigkeiten, die sich bei Einführung des Tarifs zeigten, durch gütliches Zureden jede Schärfe zu nehmen, und wir haben, was wir ausdrücklich konstatieren möchten, fast ausnahmslos ein verständiges Eingehen auf unsre Vorschläge gefunden.

Das gegenseitige Bemühen, zu einer Verständigung zu gelangen, hat die Einführung des Tarifs in einer ganzen Reihe von Betrieben erleichtert helfen, und das Tarifamt war deshalb nur in 9 Fällen gezwungen, Firmen wegen Nichterfüllung des Tarifs aus der Mitgliederliste streichen zu müssen. Dagegen konnten wir bei Herausgabe des Verzeichnisses der tariftreuen Firmen im Juni d. J. erfreulicherweise einen gegen das Vorjahr nicht unbedeutenden Fortschritt feststellen, indem seit April 1911 bis zum gleichen Zeitpunkt 1912 der Tarifgemeinschaft 392 Firmen mit 3914 Gehilfen an 84 Orten neu beigetreten waren.

Die trotz aller Gegnerschaft stetig fortschreitende Ausbreitung unsrer Tarifgemeinschaft kann nicht besser nachgewiesen werden als durch die Veröffentlichung unsrer Mitgliederliste seit Bestehen unsrer Tarifgemeinschaft. Deshalb erhält diese Aufstellung dauernd einen Raum in unserm Geschäftsberichte, welcher Pflanzstätten für auch diesmal mit nachfolgender Tabelle entsprechen.

1897: 1031 tariftr. Firm. u. 18340 Geh. in 469 Orten
1898: 2030 " " " 22468 " " 647
1899: 2704 " " " 27449 " " 880
1900: 3115 " " " 30630 " " 1002
1901: 3372 " " " 34307 " " 1030
1902: 3404 " " " 36527 " " 1043
1903: 4250 " " " 39464 " " 1315
1904: 4559 " " " 41483 " " 1382
1905: 5134 " " " 45868 " " 1552
1906: 5583 " " " 49497 " " 1659
1907: 6254 " " " 54553 " " 1803
1908: 6611 " " " 57211 " " 1942
1909: 6971 " " " 59352 " " 2007
1910: 7301 " " " 61627 " " 2093
1911: 7659 " " " 63062 " " 2158
1912: 8051 " " " 66976 " " 2242

Einleitend haben wir bereits Bezug genommen auf die Umgestaltung der früheren Tarifstrengerichte in Weschwerdeämter und Zentralbeswerdeamt. Bekanntlich haben diese beiden neuen Organe der Tarifgemeinschaft das Recht erhalten, Urteile zu fällen; nur soll im Berufungsfall und bei Stellung eines Strafanspruchs das Tarifamt endgültig entscheiden. Die für diese neuen Instanzen aufgestellten Geschäftsordnungen haben wir veröffentlicht und sie sind Ihnen auch noch besonders zugeflichtet worden.

Beide Instanzen haben in zusammen 123 Klagesachen nach altem und neuem Rechte zu beraten und zu entscheiden gehabt; davon sind 15 Klagen an das Tarifamt gelangt.

Weiter ist es diesmal nicht möglich, die begangenen Preisunterbietungen oder Schleudereien nach ihrer Höhe spezifizieren zu können, weil die Mehrzahl der Verhandlungsprotokolle genaue Angaben hierüber nicht enthält. Wir können deshalb nur sagen, daß die Differenz zwischen dem tariflichen Druckpreis und dem Angebots bis zu 50 Proz. hinaufgeht; letzteres allerdings nur in einem Fall und bei einem nicht bedeutenden Objekt. Jedenfalls bitten wir, freudlichst dafür zu sorgen, daß in den Protokollen der Beschwerdeämter, die an das Tarifamt einzureichen sind, das Klageobjekt sowohl als die begangene Unterbietung ziffermäßig oder in Prozenten zum Ausdruck kommen.

Die 123 behandelten Klagesachen wurden erledigt: 76mal durch eine Verwarnung, 10mal durch eine Einigung, 17mal durch Auflegung einer Buße und 3mal durch

Mit dem Dank an alle unsere Tariffunktionäre, abgesehen für deren unermüdete Mitarbeit, verbinden wir die dankbare Erinnerung an die zurückgetretenen Funktionäre, insbesondere an die aus dem Tarifausschuß ausgeschiedenen Mitglieder. Wäre mit der öffentlichen Befragung des Wahlergebnisses im Februar d. J. machten wir auf die außerordentliche Veränderung in der Besetzung der Tariffämter aufmerksam. Wir haben allein im Tarifausschuß das Ausscheiden von sechs früheren Mitgliedern zu beklagen, nämlich der Prinzipalvorsitzer Jese (Hamburg), Kröner (Stuttgart), Maßlau (Frankfurt) und der Geheimevertreter Klapproth (Hannover) und Kirchner (Stettin). Wenn wir jedem einzelnen der zurückgetretenen Mitglieder uns zu Dank verpflichtet fühlen, so doch zu ganz besonderem Danke den Herren Maßlau und Klapproth gegenüber. Beide Herren haben während der Dauer der jetzigen Tariffunktion und zum Teil noch darüber hinaus dem Tarifausschuß als äußerst rührige Mitglieder angehört und haben ihr praktisches Können im Dienste der Tariffache nutzbar verwendet; noch mehr aber haben sie ihre Tätigkeit als eine vermittelnde und versöhnende aufgefaßt und werden deshalb vom Tarifausschuß und nicht zuletzt von uns in bester Erinnerung behalten werden!

Das letzte ausgeschiedene Mitglied ist der langjährige Vorsitzende des Tarifausschusses und des Tariffamts, Geheimer Kommerzienrat Wigenstein (Berlin). Welche Verdienste sich derselbe um die Tariffache im Buchdruckgewerbe erworben, hat der Tarifausschuß anerkannt, indem er den Scheidenden einstimmig zum Präzidenten der Tariffgemeinschaft ernannte. Gegenüber dieser außerordentlichen Ehrung sollten die Verdächtigungen und Verunglimpfungen dieses Mannes verstummen, deren sich die Widersacher der Tariffpolitik unseres Gewerbes seit Jahren in Wort und Schrift schuldig machten. In geradezu ungläublicher Weise gefaßt sich hierin besonders das Organ des Arbeitgeberverbandes, dem es nicht genügt, die Sache zu bekämpfen, sondern dem es darum zu tun ist, sich an den Vertretern der Tariffache noch besonders zu reiben und deren Verdienste um das Gewerbe herabzusetzen. Wir danken dem früheren Prinzipalvorsitzenden des Tarifausschusses für seine Tätigkeit von ganzem Herzen, und wir wissen, daß wir hierin mit wenigen Ausnahmen von der Gesamtheit der Berufsangehörigen unterstützt werden!

Mit dem Prinzipalvorsitzenden des Tariffamts hat auch der langjährige Stellvertreter denselben, Herr Voll, sein Amt niedergelegt; ebenso sind aus dem Tariffamt ausgeschieden die Herren Hermann und Kettembel. Auch diesen Herren danken wir für ihre Mitarbeit, insbesondere aber Herrn Voll, der an seinem Plage mit besonderem Interesse für die Tariffache tätig war.

Die in unserer Gewerkschafts- und Geschäftsberichte über die Situation des Buchdruckgewerbes im Jahre 1910 gezeichnete Lage, soweit dasselbe für die Tariffache in Betracht kommt. Wir haben uns erlaubt, offen und ehrlich die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, weil ja doch in erster Linie das Tariffamt in Betracht kommt, falls sich aus mißverstandenen oder irrigen Maßnahmen der einen oder anderen Tariffpartei unliebsame Spannungen zwischen denselben ergäben. Könnte dies auch eine ernsthafte Gefährdung unserer Tariffache nicht zur Folge haben, so aber doch sicher eine mangelnde Zusammenarbeit, die dazu angetan wäre, die Tariffgemeinschaft in Erfüllung ihrer so wichtigen Aufgaben zu hindern und eine langsame, aber sichere Entfremdung der beiden Vertragsparteien herbeizuführen. Das kann und darf nicht sein! Seit länger als 15 Jahren hat man in unserem Gewerbe sich über die schwebenden Streitfragen gütlich-schiedlich verständig, und beide Parteien sind nicht schlecht dabei gefahren. Was sollte die Veranlassung sein, andere Wege zu beschreiten? Etwas der jetzt geltende Lohnsatz? Noch fehlt es an einer ausreichenden Beurteilung der Wirkungen des jetzt geltenden Tariffs; liegen die Erfahrungen mit demselben in reichlichem Maße vor, und dazu wird die laufende Tariffperiode Gelegenheit bieten, dann mögen die Tariffparteien ihre daraus resultierenden Wünsche in der bisher üblichen Form einander zum Vortrage bringen, und es wird dann auch über berechtigte Ausstände am Tarife zu einer Verständigung kommen.

Wir meinen, daß der ernsthafte Wille hierzu auf beiden Seiten vorhanden ist. Dieses Bestreben zu fördern, wird unsere Aufgabe sein. Rückwärts wollen wir doch nicht gehen, und vorwärts geht es nur bei gemeinsamer Arbeit, und zwar auf dem Boden unserer schwer erkämpften, aber gerade deshalb doppelt schätzenswerten Tariffgemeinschaft!

Berlin, im August 1912.

Das Tariffamt der Deutschen Buchdrucker.
 Franz Franke, R. F. Giesede,
 Prinzipalvorsitzender, Geheimevertreter.
 Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Die Spießgesellen der Scharfmacher.
 (Zur Charakteristik des „Christlichen“ Gutenbergbundes und seiner unchristlichen Handlungen.)
 IX.
Zahlenkunststücke des Gutenbergbundes.
 Wir würden auf dieses Requisit bündlerischer Verdummungsmethode jetzt nicht zu sprechen kommen, wenn

der „Typ.“ nicht in einer der genügend gekennzeichneten zwei Nummern wieder einen Ausschnitt serviert haben würde, der zum Widerspruch und Spott herausfordert.

Während in dem Jahresberichte für 1909 des Bundes gesagt wird, die Mitgliederzahl zeige „ein zwar langsame, aber doch stetes Anwachsen“, in dem für 1910 die Betrachtungen über die Mitgliederzunahme gar auf den elegischen Ton gestimmt sind: „Entspricht die Zahl auch nicht den aufgewandten Opfern, so ist doch mit Befriedigung festzustellen, daß es unsern Gegnern trotz der schlimmsten terroristischen Agitation nicht gelungen ist, unsern Bestand zu schmälern“, und der Bericht für 1911 deutliche große Enttäuschung widerspiegelt: „Entspricht diese Zahl durchaus nicht den Erwartungen, die wir hegten“, soll im laufenden Jahre die Mitgliederzunahme mit einmal eine solche sein, daß die Bundesleitung durch den „Typ.“ Freudenfeuer anzünden läßt. Wer diese Klagelieder in den letzten drei Jahresberichten vernommen hat und hört jetzt den „Typ.“ in seinen Werbenummern Viktoria blasen, der weiß, daß die Sache einen großen Haken hat, selbst wenn er die Geheimnisse überbündlerischer Zahlenstrategie nicht kennt.

Und es stimmt auch an allen Ecken und Enden nicht. Da ist z. B. für den in laufender Woche in Dresden stattgehabten christlichen Gewerkschaftskongress eine „Gewinnliste“ für dieses Jahr bis zum 1. August erschienen, wovon auch der „Korr.“ in seiner Gewerkschaftsrevue in Nr. 116 Notiz nahm. Auch der Gutenbergbund fehlt darin nicht. Er hätte demnach in den sieben Monaten seinen Mitgliederbestand von 3070 auf 3265 erhöht; was eine Zunahme von 195 bis zum 1. August bedeuten würde. Nach dem vom Gutenbergbund selbst im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Ausweise wäre jedoch bis zum 1. August die Mitgliederzahl von 3102 auf 3249 angewachsen, ein Mehr also von nur 147, und bis zum 1. September wäre, ebenfalls nach dem offiziellen Angaben des Bundes im „Reichsarbeitsblatt“, eine Steigerung von 3102 auf 3265, also ein Zuwachs von nur 163, zu verzeichnen gewesen. Bis zum 1. Oktober hätte er nach dem „Typ.“ dann 181 betragen. Da mache sich nun einer einen Vers drauf!

Welcher Verlaß auf die vom Bunde veröffentlichten Mitgliederzahlen ist, sei noch an einigen drastischen Beispielen demonstriert. Die Leitung der „Christlich“ organisierten Buchdrucker versandte Mitte September 1907 ein Zirkular, laut welchem der Bund vom 1. Januar 1907 an um 240 Mitglieder zugenommen haben sollte. Einige Wochen darauf hatte der „Typ.“ die Pflicht, mit dem Zulaufe zum Bunde zu prahlen. Man kannte sich aber nicht mehr in dem Schwindel aus, und so erlebte die Augenwelt denn das heitere Schauspiel, daß der „Typ.“ für den um 14 Wochen längeren Zeitraum vom 1. Oktober 1906 bis dahin 1907 die Zunahme mit nur 130 angab, und da, wie in der vorigen Nummer schon erwähnt, der Bund, der im August immer gleich mehr nach aufwärts kam, waren es schließlich für das ganze Jahr 1907 nur 135 neue Mitglieder, die gebucht werden konnten, also fast 100 weniger, als allein bis Mitte September eingegangen sein sollten!

Es dürfte mit der „Vorwärtenden“ für 1912 am Ende vom Liede nicht anders kommen. Hat der Bundesvorstand doch in seinem Jahresberichte für 1911 seine Zahlenkunststücke selbst preis gegeben. Er erklärt nämlich, daß am Schlusse des vierten Quartals 1910 nur 2974 Mitglieder vorhanden gewesen sind:

Die im „Reichsarbeitsblatt“ für das vierte Quartal 1910 mit 3045 angegebene Mitgliederzahl mußte nach strenger Durchführung und Nachprüfung der statistischen Aufnahmen auf vorstehende Zahl berichtigt werden.

Ist es nicht wundervoll, wenn die dem „Reichsarbeitsblatt“ Berichtigten und immer so gewichtig als unbedingt zuverlässig bezeichneten Mitgliederzahlen auf einmal als unrichtig von derselben Stelle bewertet werden, von der sie herrihren? Ist es nicht großartig, daß die relativ hohe Beamtenzahl des Gutenbergbundes — über die man sich in Berlin immer wieder mokiert, namentlich des stets arg verpöhlten Erscheinens der Jahresberichte wegen — endlich daran denkt, die Angaben über die Mitgliederzahl gewissenhaft zu prüfen? Ist es nicht ein starkes Stück, eine kleine Vereinigung so unorientiert über ihren geringen Mitgliederstand zu sehen? Hat der „Korr.“ da nicht vollständig recht gehabt, wenn er des Bundes Mitgliederzunahme als Schwindel rubrizierte?

Nun ist die Abschreibung der unrichtigen Mitgliederzahlen auf das „Reichsarbeitsblatt“ aber eine große Plundererei aus einem andern Grunde noch. Die dem Kaiserlichen Amte für Arbeiterstatistik sofort nach Jahresabschluss gemachten Angaben können ja um einige Ziffern differieren, bei der endgültigen Feststellung des Jahresergebnisses für den meistens erst im Juni fertiggestellten Rechenschaftsbericht muß dann aber alles stimmen. Wie jedoch im Gutenbergbunde? Ende 1910 sollen also nach der Behauptung im Jahresberichte für 1911 nur 2974 Mitglieder vorhanden gewesen sein, 71 weniger, als im „Reichsarbeitsblatt“ aufgeführt. Für 1910 ist zwar die Mitgliederzahl im Jahresberichte überhaupt nicht angegeben — ein Fall, der nur im Gutenbergbunde möglich ist —, aber sie ist nach der mitgeteilten Zunahme mit 3037 einzusehen. Da nun der im Rechenschaftsberichte für 1909 mit 2943 angegebene Mitgliederbestand nicht „berichtigt“ worden ist, der Hauptvorstand in seinem Berichte für 1911 „nach strenger Durchführung und Nachprüfung“ die tatsächliche Mitgliederzahl für Ende 1911 mit 3102 angibt, so hätte der Gutenbergbund in den Jahren 1911 und 1910 bloß um 159 Mitglieder zugenommen, während dieser aus seinen eignen Rech-

enschaftsberichten geschöpften Zahl eine behauptete Zunahme in den gleichen Jahresberichten von 128 für 1911 und 114 für 1910, also von zusammen 242 gegenübersteht. Es sind fürwahr nette Zahlenkunststücke, die das gläubige Volk der Bändler wie auch die dem Gutenbergbunde zugeneigte Presse da zu sehen bekommt. Im gewöhnlichen Leben nennt man das Bilanzfälschungen, für die der Staatsanwalt immer großes Interesse zeigt.

Der Schwindel mit der Mitgliederzahl des Gutenbergbundes wird aber noch in anderer Weise offenkundig. Im Jahresberichte für 1911 sind 118 689,20 Mk. an Beiträgen aufgeführt. Der Wochenbeitrag beläuft sich auf 95 Pf., so daß sich also nach der Zahl der geleisteten Beiträge ein Mitgliederbestand von 2410 ergeben würde. Greift man hoch und berechnet die Arbeitslosen, die Kranken sowie die Invaliden mit 5 Proz. im Jahresdurchschnitt, so käme alles in allem eine Mitgliederzahl von 2530 heraus. Da der Gutenbergbund 3102 Mitglieder haben will, so hängen mindestens 572 in der Luft, denn die Arbeitslosen und Kranken haben ja einen Beitrag von 20 Pf. pro Woche zu leisten, was auch schon gegen die Behauptung von den besseren Unterstützungseinrichtungen im Bunde spricht. Die geheimnisvolle Größe dieser 572 zu ergründen, wird selbst mit den berühmten Zehnertischen kalkarischen Kriften nicht möglich sein.

Nach diesen Vorlegungen erscheinen die im Jahre 1912 bereits gewonnenen 181 Mitglieder mit einem so großen Fragezeichen umgeben, daß selbst den an den stärksten Tabak gewöhnten Bändlern berechtigte Zweifel über die Zahlenmanöver ihrer Leitung aufsteigen müssen. Überdies sind in die Mitgliederzunahme für 1912, ganz gleich wie hoch resp. niedrig sie in Wirklichkeit sein mag, auch sämtliche bündlerischen Ortsvereine in Österreich und in der deutschen Schweiz eingeschlossen. Wenn die Versicherungen des „Typ.“ wahr wären, müßte die Zahl der „Kolonisatoren“ für die wahre Kollegialität und Nächstenliebe nicht unwesentlich bei der Gesamtziffer in die Waagschale fallen. Wie man also auch die Angaben über die „Bundesarmee“ betrachtet, stets fallen diese Zahlen bei näherem Besehen gleich einem Kartenhause zusammen.

Über wenn dem nicht so wäre, wenn wirklich 181 Buchdruckerseelen in diesem Jahre bereits in die Heilsarmee des Generals Tränert Aufnahme gefunden haben sollten, so wäre das angesichts der noch zu besprechenden Agitationsmethode und des in immer mehr Zentrumsdruckereien ausgeübten „sanften“ Drucks gar kein Wunder. Daß der Bund trotzdem hinter der mit der Ausbreitung des Buchdruckgewerbes ganz naturgemäß steigenden Gehilfenzahl noch um ein Eckelstückes juristisch bleibt, ist eine unumstößliche Tatsache. Wir haben das in Nr. 56 d. Z. schon ausführlich dargelegt, so daß hier nur darauf verwiesen sein mag.

Korrespondenzen.

S. Berlin. Am Vormittage des 6. Oktober feierte das Personal der Norddeutschen Buchdruckerei das 50jährige Berufsjubiläum des Kollegen L. F. Giesede durch ein Festessen im Kaiserpaale der Unionsbrauerei. Außer der Direktion und Geschäftsführung waren an der Festtafel erschienen: der Präsident des Tariffamts, Herr Geheimer Kommerzienrat Wigenstein, der Prinzipalvorsitzende des Tariffamts, Herr F. Franke, der Geschäftsführer des Tariffamts, Kollege Schliebs, der Prinzipalvorsitzende des Tariffchiedsgerichts, Herr Schölem, sowie Herr F. Hermann von der Firma F. S. Hermann. Der Verband der Deutschen Buchdrucker war vertreten durch den Kollegen Döblin und der Berliner Gau durch den Kollegen Waffini. Zahlreiche Vertreter aus andern Berliner Druckereien vervollständigten die Tafelrunde. Die Reihe der Ansprachen eröffnete der Obmann der Gehilfenschaft der Norddeutschen Buchdruckerei, Kollege Thiele, der in launiger Weise auf die langjährige Tätigkeit des Jubilars als Segler der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ einging und ihm ein Angebinde seiner Kollegen überreichte. Sodann sprach in kurzen, einbringlichen Worten Herr Direktor Mattenlott dem Jubilar im Namen des Aufsichtsrats und der Direktion die besten Glückwünsche aus, pries dessen Hingabe und Berufstreue, die namentlich für die jüngere Generation nachahmenswert sei, und übergab ihm ein wertvolles Andenken. Der Vorsitzende des Tariffamts, Herr F. Franke, würdigte die Verdienste des Jubilars um den Frieden im Buchdruckgewerbe und widmete ihm im Namen des Tariffamts eine kunstvoll hergestellte Adresse. Nach ihm sprach Kollege Döblin. Er hob die Verdienste Giesedes um die Interessen der Gehilfenschaft hervor und schloß mit der Überreicherung eines Ehrengeschenkes. Nachdem noch Kollege Waffini auf die Familie Giesede gesprochen und der Gehilfenbesitzer des Tariffamts, Kollege Faber, dem Jubilar im Namen der Gehilfensvertreter warme Worte entboten hatte, ergriff Herr Geheimer Kommerzienrat Wigenstein das Wort zu einer längeren Rede. Viele Jahre habe er mit dem Geehrten im Tariffamte zusammen gearbeitet. Aus dieser gemeinsamen Tätigkeit heraus seien Beziehungen erwachsen, über die der Redner sich ausführlich äußerte, indem er das klare Urteil und den Humor seines alten Freundes pries; dieser Humor, zu rechter Zeit einsetzend, habe oftmals über heikle Situationen hinweggeholfen. Mit schlichten und herzlichen Worten dankte der Jubilar für alle Ehrungen dieses Tages. Sämtliche Gauvorsitzende, die „Korr.“-Redaktion sowie eine sehr große Zahl von Freunden und Bekannten gratulierten schriftlich und telegraphisch. Das Fest erreichte erst am späten Nachmittage sein Ende.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenseherverein.) In einer stattlichen Anzahl, etwa 500, hatten sich die Kollegen zu der am 29. September abgehaltenen Quartalsversammlung eingeflekt. Unter „Verschiedenes“ teilte Kollege Braun mit, daß der Verein als korporatives Mitglied der neugegründeten Typographischen Vereinigung beitreten werde. In längeren Ausführungen wies der Vorsitzende auf die große Arbeitslosigkeit in Berlin hin. Ungefähr 60 Maschinenseher, davon allein 50 Klotypseher, bevölkern den Arbeitsmarkt. Es sei unbedingt notwendig, daß bei Bewerbungen nach Berlin diese schlechte Konjunktur von den betreffenden Kollegen berücksichtigt werde. Vorstehende Zahlen illustrieren trefflich die Notwendigkeit der Prinzipale betreffs „Mangel an Maschinenseher“. Hierauf hielt Herr Dr. Felix David John einen Vortrag über: „Die Bedeutung der Röntgen-Strahlen für die Heilkunde“. In lebenswirdiger Weise hatte der Vortragende eine Anzahl Apparate und Photographien zur Verfügung gestellt, und mit Hilfe der erlernten wurden verschiedene Experimente vorgenommen. Zum Schluß des Vortrags beantwortete der Vortragende verschiedene, von Kollegen gestellte Fragen. Reicher Beifall belohnte ihn für seine trefflichen Ausführungen. — Zu dem Familienabend am gleichen Tage hatte sich eine ansehnliche Teilnehmerzahl eingefunden. Der etwa 1800 Personen fassende Saal der „Neuen Welt“ war überfüllt. Ein ausgewähltes Spezialitätenprogramm und eine Kindergeschenkenkolonne sorgten genügend für Amüsement. Außerdem konnten wir sämtliche Gavourstehler begrüßen wie auch den Verbandsvorstand und die Vertreter der „Korr.“-Redaktion.

Wonn. In der am 28. September abgehaltenen Monatsversammlung hatten wir wieder verschiedene Ansuchen zu verzeichnen. Weder die Tatsache, daß die letzte Versammlung wegen des schlechten Wetters ausfallen mußte, noch das auf der Tagesordnung stehende Referat unseres stellvertretenden Gavourstehlers Vertram (Köln) hatten vermocht, die Kollegen aus ihrer Lehrgarie auszuruhen. Noch nicht die Hälfte der Mitglieder war anwesend. Die einstündigen, sehr interessanten Ausführungen des Referenten über das Thema „Die Situation nach der Breslauer Prinzipalversammlung“ hielten die Zuhörer bis zum Schluß in spannender Aufmerksamkeit. Der Vorsitzende sprach dem Referenten für seinen lehrreichen Vortrag den Dank der Versammlung aus. Den Stabsbericht für das abgelaufene Vierteljahr erstattete Kollege Klink. Unter „Verschiedenes“ teilte Kollege Valbus mit, daß in Kürze zur Gründung eines Gesangvereins und einer Typographischen Gesellschaft geschritten werden solle und er erbat sich hierfür die Mitwirkung möglichst vieler Kollegen. Auch empfahl er den in Betracht kommenden Kollegen recht eifrig den Beitritt zur Maschinenmeister- bzw. Maschinenseherpartei.

Dortmund. (Maschinenmeisterverein Bezirk Dortmund.) (Vierteljahrsbericht.) Im verflochtenen Quartale wurden drei Versammlungen abgehalten. Die erste am 13. Juli beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Durchberatung der Anträge zum vierten rheinisch-westfälischen Maschinenmeisterstag. Ausgenommen wurden vier Kollegen. — In der zweiten Versammlung (18. August), die in Hamm stattfand, erstattete Kollege Hartmann Bericht von unserm Maschinenmeisterstag. Die Beschlüsse fanden Aufnahme im zufriedenstellenden Sinn. In der Diskussion wurde gewünscht, eine regere Agitation unter den noch fernstehenden Maschinenmeistern zu betreiben, damit auch der letzte Mann unsern Reihen angehört; die Unkenntnis der tariflichen Bestimmungen sei unter den Maschinenmeistern noch ziemlich groß. — In der Septemberversammlung (28.) wurde nach Erledigung einiger interessanter technischer Fragen ein Vortrag vom Kollegen Alborn über „Friedrich König, sein Leben und sein Werk“ gehalten. Des weiteren wurde als Vereinslokal das Restaurant Graesme (Märkische Straße) gewählt. Beschlossen wurde noch, die Versammlungen im Winterhalbjahr Sonntagmorgens abzuhalten. Der Versammlungsbesuch war durchweg zufriedenstellend.

Düsseldorf. (Maschinenmeisterverein.) In unserer Monatsversammlung vom 28. September, die von 70 Kollegen besucht war, hielt der Reproduktionstechniker Margeffo Moroni (Köln) einen Vortrag über: „Die Herstellung von Klischees aller Art und deren Behandlung“. Ausgehend von der Erfindung des Holzschnitts bis zur Herstellung der Autotypie schilderte Referent die verschiedensten Abteilungen der Chemigraphie, führte am Schluß seines Vortrags das Aben einer Autotypie praktisch vor und wies besonders auf die einzelnen Zurückverfahren hin. Zum besseren Verständnis war der Vortrag durch eine Ausstellung demonstriert. Wie interessant und lehrreich dieser Vortrag war, bewies der am Schluß dem Referenten gependete Beifall. Aufgenommen in dieser Versammlung wurden sechs Kollegen.

Er. Gießen. In der am 5. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung referierte Kollege Wildenberg (Halle a. S.) über die Nichtversicherungsordnung. Von den Anfängen des staatlichen Versicherungswesens in den 80er Jahren ausgehend verbreitete sich der Referent in zweifelhafte Rede über das neue Versicherungsgesetz. In großen Zügen streifte er die Licht- und Schattenseiten dieses Gesetzes und erläuterte dann die im Leben am häufigsten vorkommenden Streitfälle. Nachdem der Referent noch einige Fragen beantwortet hatte, wurde zum Punkte „Stiftungsfest“ übergegangen. Der hierzu vorliegende Vorschlag des Vorstandes wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung, die mit Rücksicht auf den lehrreichen Vortrag hätte stärker besucht sein können, vom Vorsitzenden geschlossen.

Frankfurt a. M. (Maschinenseher. — Vierteljahrsbericht.) Im abgelaufenen Quartale fanden nur zwei Versammlungen statt; für die dritte Versammlung wurde am 25. August ein Ausflug nach Weisenheim-Wingen veranstaltet und dort gemeinschaftlich mit den Mainzer Spartenkollegen das zehnjährige Stiftungsfest der Mainzer Maschinensehervereinigung gefeiert. — In der Versammlung am 28. Juli referierte unser Vorsitzender Steinmann über das Thema: „Was lehren uns die Vorgänge der letzten Zeit?“. Er besprach die Beschlüsse der Breslauer Prinzipalstagung, die Gründung einer Sparte der Segmaschinenbesitzer sowie das Anlernen und die weitere Ausbildung der Maschinenseher. Ferner wandte er sich gegen das Verhalten vieler Kollegen, jetzt, nachdem der Tarif eingeführt ist, die Hände müßig in den Schoß zu legen; dazu seien die Zeiten zu ernt. Die Spartenbewegung lasse leider in Frankfurt sehr viel zu wünschen übrig. Die ausgebreitete Debatte bewegte sich im Sinne der vom Referenten angeregten Gedanken. — Die am 29. September abgehaltene Versammlung nahm zunächst den Stabsbericht des Kassierers Henrich entgegen, der einen befriedigenden Stand der Kasse ergab; für die vorzügliche Kassenführung wurde ihm einstimmig Dankschreiben erteilt. Dann referierte der Vorsitzende über das Thema: „Segmaschinen und Maschinenseher in Deutschland“. Dem Vortrage lag die Broschüre des Kollegen W. Dief (Harburg) zugrunde, die vom Norddeutschen Maschinensehervereine herausgegeben wurde. Der Besuch der Versammlung konnte ein noch besserer sein. Für die nächste Versammlung ist der Vortrag eines Arztes geplant.

Schr. Frankfurt a. O. (Vierteljahrsbericht.) Ein arbeitsreiches Vierteljahr liegt hinter uns. Mitte Juli feierten wir im „Städtischen Gesellschaftshaus“ unser Johannisfest, das wohl selten seitens der Kollegen so stark besucht war. — Die Augustversammlung beschäftigte sich zum größten Teile mit dem vom Arbeiterbildungs-ausschusse festgelegten Winterprogramm. — Nach einem Referate des Ortsvereinsvorsitzenden über „Gewerbliche Fortbildung“ in der Septemberversammlung erklärten sich 31 Kollegen für die Gründung einer Typographischen Gesellschaft am hiesigen Orte. Dies ist um so erfreulicher, als ja erst zu Beginn des letzten Vierteljahrs die Gesangsabteilung wieder ins Leben gerufen wurde. Hier könnte die Beteiligung aber eine bessere sein. Weiden Neugründungen möge ein fernerer Wachsen und Gedeihen beschieden sein.

Salsb. Stadt. (Vierteljahrsbericht.) Die Monatsversammlung für den Juli fiel aus, da ja dringende Angelegenheiten nicht zu erledigen waren. — Das Johannisfest fand in diesem Jahre in Form eines Familienfestes im „Odeum“ statt. Die Beteiligung der Kollegen sowie auch der übrigen Arbeiterschaft war dem Vorjahre gegenüber eine Befehse. — Die am 24. August abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit dem Vorschlage von 57 Kollegen, etwa 25 Kollegen von Wernigerode und 2 von Döhrsenleben. Die Ursache zu dieser überaus guten Beteiligung war das Referat unseres Gavourstehlers König (Halle) über: „Streitfrage und Zeitfragen“. In einem halbstündigen Ausführungen verstand es derselbe, uns die gegenwärtige Situation im Buchdruckgewerbe vor Augen zu führen und die Mitglieder auf die daraus für uns erwachsenden Aufgaben und Notwendigkeiten mit Nachdruck hinzuweisen. Die sich anschließende Diskussion war äußerst reger und sachlich. Durch Verschmelzung der Graphischen Vereinigung mit dem Ortsverein sowie Übernahme der Bibliothek machte sich die Wahl eines Bibliothekars notwendig. — Einen nicht gerade guten Besuch hatte die am 28. September abgehaltene Versammlung auszuweisen. Anwesend waren 35 Kollegen. Nach den üblichen geschäftlichen Punkten fand eine Bewilligung für den Bildungsausschuß nicht die Anerkennung aller Kollegen. Mit 16 gegen 7 Stimmen wurde der Antrag auf 10 Wk. angenommen. Die Herbstbezirksversammlung findet am 20. Oktober im „Odeum“ statt. Als Referent ist Kollege Graßmann (Berlin) gewonnen. Hierauf folgte die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Lübeck. Hier wurde am 20. September ein Ortsverein bei einem Mitgliederstande von zehn gegründet. Zu diesem Zwecke war Kollege Holz im Namen des Bezirksvorstandes zur Versammlung erschienen. Er hielt uns einen Vortrag über: „Die Entwicklung der Buchdruckerorganisation“. Nur das feste Zusammenhalten sämtlicher Kollegen könne zu einem erproblichen Resultat unserer Bestrebungen führen. Der Versammlung schloß sich ein gemittelter Teil an.

Magdeburg. (Vierteljahrsbericht.) In der Juli-versammlung referierte unser Gavourstehler König (Halle) über das Thema: „Streitfrage und Zeitfragen“. In seinen Ausführungen schilderte der Referent die verschiedenen Strömungen im Prinzipalstager. Daß seitens verschiedener unserer Arbeitgeber nicht immer nach Treu und Glauben gehandelt wird, dafür konnte unser Gavourstehler einige Beispiele aus unserm Kreis anführen. Reicher Beifall bezugte die Anerkennung für den interessanten Vortrag. — Am 3. August unternahm der Ortsverein eine Wandscheindampferfahrt nach Grünwalde. — Unser am 7. September abgehaltene Stiftungsfest hatte leider keinen großen Zuspruch. Der Besuch war gegenüber dem Johannisfest sogar ein geringer. — In der Septemberversammlung referierte Arbeitersekretär Karl Bößinger (Magdeburg) über das zeitgemäße Thema: „Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge“. Der Referent verstand es, in seinem etwa fünfviertelstündigen Vortrage den Zuhörern die Vorteile dieser auf genossenschaftlicher Grundlage beruhenden Versicherung gegenüber

den bestehenden privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften klar vor Augen zu führen. Er erfuhr die Mitglieder, eifrig für die Volksfürsorge zu agitieren.

Magdeburg. Nach längerer Pause hielt die hiesige Maschinensehervereinigung wieder eine Versammlung ab, die recht gut besucht war. Sie begann mit einem Demonstrationsvortrage des Kollegen Buchmann: „Kontroll- und Sicherheitsvorrichtungen an der Linotype“. Manches Interessante und Wissenswertes bot dieser Vortrag, der den Beifall aller Kollegen fand. In der folgenden Besprechung wurden noch viele praktische Anregungen gegeben. Hieran anschließend wurde in den „Vier Jahreszeiten“ die Versammlung abgehalten. Kollege Winter eröffnete sie mit geschäftlichen Mitteilungen und dem Bericht über den „Sachsentag“. Sodann wurde die Gründung einer Bezirkskasse beschlossen. Beim Punkte „Technisches“ sprach Kollege Winter dem Kollegen Buchmann für den gehaltenen interessanten Vortrag Dank aus; er sei wieder ein Beweis, daß das Technische gar nicht genug gepflegt werden könne. Mit der Bitte, die nächsten Versammlungen auch so zahlreich zu besuchen und dem Versprechen, sie ebenso beherrschend zu gestalten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Mainz. (Maschinenseher.) Zu der am 29. September stattgehabten Versammlung waren 23 Kollegen erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Wüttger, unsterblich des Bezirkskassierers. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten verlas der Kassierer den Stabsbericht, gegen welchen keine Anträge erhoben wurden. Ein hochinteressanter Vortrag des Kollegen Klein (Weichsel): „Die Entwicklung unserer heutigen Presse“, wurde von der Versammlung beifällig aufgenommen. Um das Interesse an den Versammlungen zu fördern, sollen abwechselnd technische und tarifliche Vorträge gehalten werden. Die Broschüre des Kollegen Dief (Harburg): „Segmaschine und Maschinenseher in Deutschland“ bis zum Schluß des ersten deutschen Segmaschinenkongresses, empfahl der Vorsitzende wegen ihres lehrreichen Inhalts zur Anschaffung. Die nächste Versammlung wird als Quartalsversammlung in Wiesbaden stattfinden.

Bezirk Ruffe. Am 20. September fand die zweite diesjährige Bezirksversammlung zu Krappig im Hotel „Deutsches Haus“ statt. Trotz teilweise schlechter Verbindung mit Krappig konnte ein guter Versammlungsbesuch verzeichnet werden. Nach der Protokollgenehmigung, Abhaltung der Vorstands- und Stabsberichte wurde auch der Antrag über die Reiseentschädigung aus der Bezirkskasse angenommen. Als Ort zur Abhaltung der nächsten Bezirksversammlung wurde Giegenfels gewählt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Witwen und Waisen des Bezirks die übliche Weihnachtsunterstützung zu gewähren. Auch den Konditionslofen und Durchreisenden wurden die Fahrtschuldigung und 3 Mk. ausgedacht. Zum Schluß dankte der Bezirksvorsitzende Müller für den guten Besuch und ermahnte die Kollegen, recht fleißig bei „Korr.“ zu lesen, um immer auf dem laufenden zu bleiben. — Nach der Versammlung war die Befichtigung der Kontinentalpapierfabrik vorgesehen. Die Fabrikleitung hatte in lebenswirdiger Weise gestattet, nachdem behördlicherseits die Erlaubnis erteilt war, an diesem Tage den Betrieb in Gang zu bringen. Vom Herrn Direktor Thimmies empfangen, begab man sich unter sachmännlicher Führung gruppenweise in die Fabrikräume. Dieser einzigartige Betrieb zählt etwa 120 für diesen Zweck speziell gebaute Notationsmaschinen, die in puncto Leistungsfähigkeit auf der Höhe der Zeit stehen. Wohlwollend über das Gesehene begab man sich auf Einladung in die Restaurationsräume der Fabrik. Kollege Müller nahm hier Veranlassung, dem Herrn Direktor für die gestattete Einsichtnahme des Betriebs zu danken. Herr Thimmies dankte seinerseits für den zahlreichen Besuch und das beständete Interesse. Nachdem man sich verabschiedet, ging es in das Versammlungslokal zurück, um das Mittagessen einzunehmen und im Kreise der Kollegen noch ein Stündchen zu plaudern.

H. O. Pladen. (Vierteljahrsbericht.) Durch die Wahl eines neuen Vorsitzenden wurde die Einberufung einer außerordentlichen Versammlung für den 9. Juli notwendig. Gewählt wurde Kollege Funke. — In der am 27. Juli abgehaltenen Monatsversammlung fand die Neuwahl eines Schriftführers statt. Dem Kassierer Bed, der den Stabsbericht vom zweiten Quartal erstattete, wurde vom Vorsitzenden Dankschreiben erteilt. — Die Versammlung am 31. August erledigte zuerst das „Geschäftliche“. Im Anschlusse hieran berichtete Krankenassistent Kollege Funke über die Familienunterstützung der Ortskrankenkasse in Pladen. Neben beleuchtete in eingehender Weise die erzielten Erfolge und damit verbundenen Vermögenszuwächse und stellte fest, daß diese großen Vorteile hauptsächlich der Arbeit der freien Gewerkschaftler zu verdanken seien. — In der Versammlung am 28. September erstattete der Vorsitzende Bericht über die Bezirksvertrauensmännerführung in Köln. Die Versammlung folgte den interessanten Ausführungen mit größter Aufmerksamkeit. Unter „Verschiedenes“ kamen noch einige interne Sachen zur Sprache.

Rundschau.

Rückgang der Leistungen. Die Firma Jegoritzky & Koch in Wiesdorf entzog die ihren Gehilfen im Vorjahre gewährten Ferien von sechs resp. drei Tagen.

Antisemitische Gespensterfurcht. Die in Magdeburg erscheinende antisemitische „Sachsenchau“ wirt sich wieder einmal unnötigerweise als Netterin und Be-

